

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Lieferung ins Haus für Deutschland 16,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 14,50 M. Für den Postweg werden sämtliche Postanstalten in Rechnung gestellt. Unter Drucklegung stehen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Einzelhefte 20,- M. pro Heft für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 2,- M. einschließlich Steuern und Gebühren. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2,- M., jedes weitere Wort 1,- M., einschließlich Steuern und Gebühren. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gebrauchs-Anzeigen 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das erste Heft 2,- M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518 4603, 4625, 4618, 4921.

STREIFER

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsches Entgegenkommen in Spa

Die deutschen Vorschläge

Spa, 15. Juli.

Die Vorschläge der deutschen Delegation wegen Regelung der Kohlenfrage haben folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen.
2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto; mit der Differenz zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.
3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Tonnen durch den Wiedergutmachungsausgleich findet solange nicht statt.
4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberschlesien getroffen, durch das entweder die deutsche Regierung die Verteilung der ober-schlesischen Kohle zurückkauft oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird.
5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Nahrung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen des Ruhrgebiets verbessern kann.
6. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorschub zu gewähren. Die Beratungen über den Vorschub werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Zuziehung der beiderseitigen Sachverständigen aufgenommen.

Kohlenfrage zusammengetreten. Der hohe Rat ist heute 1/4 Uhr in La Foreneuse zusammengetreten, um das Gutachten der alliierten Sachverständigen über die deutschen Kohlenvorschläge entgegenzunehmen und die endgültige Entscheidung zu treffen.

H. Rotterdam, 15. Juli.

Der Korrespondent des „Maasbode“ in Spa meldet: Wie bereits gemeldet, hat der deutsche Kabinettsrat heute morgen über das Ultimatum, das die Entente überreichen wird, beraten. Auch Herr, der telefonisch herbeigerufen worden war, war anwesend. In dieser Zusammenkunft hat Minister Simons Mitteilung über die Vorschläge, welche Deutschland den Alliierten als Antwort überreichen wird, gemacht.

Der Rat der Alliierten, der von 11 bis mittags 1 Uhr Beratungen abhielt, hat keinerlei Entscheidungen getroffen. Während der Beratung verließ Lloyd George plötzlich den Saal und ging im Garten spazieren.

In englischen Kreisen ist man der Ansicht, daß man in der Steinkohlenfrage zu einer Einigung kommen wird. Heute nachmittag werden die deutschen Vorschläge den Alliierten überreicht sein. Während man gestern abend meinte, daß die Deutschen die Note der Alliierten noch erhalten würden, bevor sie ihre Gegenvorschläge überreicht hätten, scheint man in alliierten Kreisen jetzt doch der Ansicht zu sein, daß es besser sei, abzuwarten.

Die Deutschen sind offenbar unter sich nicht einig. Sie haben bis jetzt, mit Rücksicht auf die innere Lage in Deutschland noch keinen weiteren Beschluß gefaßt. Außerdem waren die telefonischen Verbindungen zwischen Berlin und Spa unterbrochen.

Besprechung zwischen Lloyd George, Millerand und Simons

Spa, 15. Juli.

Heute abend um 7 Uhr findet in der Villa Neubois eine Besprechung zwischen dem englischen Premierminister Lloyd George, dem französischen Ministerpräsidenten Millerand und Reichsminister Dr. Simons statt.

Marshall Wilson, General Degoutte und der Chef der italienischen Militärdelegation, General Maricci, sind heute früh hier eingetroffen.

Stinnes die Seele der Opposition

H. N. Spa, 15. Juli.

Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in Spa meldet: Trotzdem die Lage innerhalb der deutschen Delegation gespannt ist, erhält man doch den Eindruck, daß das Kohlenabkommen mit der Entente trotz der Opposition der Sachverständigen aus dem Ruhrgebiet zu Stande kommen wird. Stinnes ist die Seele dieser Opposition, aber auch die Vertreter des Steinkohlenabbaus werden ihre weitere Mitwirkung an den Unterhandlungen einstellen, wenn die deutsche Abordnung nachgibt.

Gestern abend hat Professor Bonn mit den Engländern über die Gegenvorschläge gesprochen, welche die Deutschen in einer Note zusammenfassen werden. Man kann von einer latenten Krise sprechen. Mit Rücksicht auf die inneren Schwierigkeiten hegt man die Hoffnung, daß man nach Abschluß des Kohlenabkommens, das doch schließlich ein Zustandnis an die Alliierten ist, eine kurze Frist zum Atemholen erhalten wird, und daß man nachher sofort die Frage der Schadenergütung zu erörtern haben wird.

Die Antwort der Entente

Spa, 15. Juli.

In einer Zusammenkunft in der Villa Neubois wurden Reichsminister Simons die Grundzüge der Antwort der Entente auf die deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage besprochen. Die Antwort wird heute abend schriftlich überreicht werden. Man erwartet, daß die deutsche Regierung ihre Antwort bis zur morgigen Sitzung des Obersten Rates, die um 11 Uhr im Schloß de la Foreneuse beginnt, übergeben wird.

Vor der endgültigen Entscheidung über die Kohlenfrage

Spa, 15. Juli.

Die Sachverständigen der Alliierten sind heute nachmittag 1/4 Uhr zur Prüfung der deutschen Vorschläge in der

England und Rußland

London, 14. Juli. (Neuter.)

Unterhaus. Bonar Law verlas ein langes Telegramm, das die englische Regierung an die Sowjetregierung geschickt hat. Das Telegramm besagt: Die englische Regierung hat Kenntnis davon genommen, daß die Sowjetregierung die im englischen Memorandum vom 1. Juli niedergelegten Grundzüge als Grundlage für ein Abkommen betreffend Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und die beiderseitige Einkaufung der Handelsbeziehungen angenommen hat.

Die englische Regierung hat daher beschlossen, die Verhandlungen über ein Handelsabkommen fortzusetzen. Sobald die russischen Delegierten zurückgekehrt sind, das Telegramm nimmt Bezug auf die wiederholten Erklärungen der Sowjetregierung, daß sie mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben wünsche und auf den bei der englischen Regierung gleichfalls vorhandenen dringenden Wunsch in ganz Europa den Frieden wiederherzustellen. Die englische Regierung schlägt daher sofortigen Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland vor. Die Bedingungen des Waffenstillstandes sehen vor, daß das polnische Heer sofort auf die von der Friedenskonferenz im letzten Jahre als provisorische Grotze Polens festgesetzten Grenzen zurückgehen soll. Dann soll eine Konferenz unter den Auspizien der Friedenskonferenz in London zusammentreten, um über den endgültigen Frieden zwischen Rußland und seinen Nachbarn zu beraten. Der Konferenz würden Vertreter Rußlands, Polens, Dänemarks, Litauens und Finnlands beizuwohnen, während Vertreter von Delegierten eingeladen werden sollen, um ihre Fälle vorzutragen.

Die Waffenstillstandsbedingungen besagen ferner, daß das russische Heer auf eine Linie 50 Kilometer östlich der vorläufigen polnischen Grenze ziehen sollen. Ein Waffenstillstand mit Wrangel wird ebenfalls vorgeschlagen. Während sich die englische Regierung nicht verpflichtet hat, Polen für feindliche Bestreben gegen Rußland Unterstützung zu bieten, ist es durch die

Völkerbundschartung verpflichtet, die Integrität Polens innerhalb seiner eigenen Grenzen zu verteidigen. Das Telegramm sagt ferner, sollte sich Sowjetrußland trotz seiner wiederholten Erklärungen nicht mit dem Rückzug der polnischen Armeen von russischen Boden auf Grund eines Waffenstillstandes begnügen, sondern beständigen, innerhalb des polnischen Gebietes feindselige Handlungen zu unternehmen, so werde die englische Regierung und die Alliierten sich für verpflichtet halten, der polnischen Nation bei der Verteidigung ihres Besitzes mit allen zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln zu helfen.

London, 15. Juli.

Unterhaus. Bonar Law sagte noch, die Mitteilung an die Sowjetregierung sei mit Wissen und Zustimmung der Alliierten abgesandt worden. Ein gleichzeitig mit der Erklärung Bonar Laws ausgegebenes Memorandum führte die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen auf, die in der Hauptsache umfassen: beiderseitigen Verzicht auf Propaganda und besonders Verzicht der Sowjetregierung auf englischfeindliche Propaganda in Wien, sofortige Freilassung der Gefangenen in beiden Ländern und gegenseitige Anerkennung des Grundgesetzes der Entschädigung an Privatpersonen, die dem anderen Lande Güter geliefert haben.

Amsterdam, 15. Juli.

„Lant Times“ umfassen die von Krassin übermittelten Vorschläge der Sowjetregierung auch das Angebot von Konzessionen für die Ausbeutung der Holzbestände und Bergwerke Rußlands durch ausländische Kapitalisten. Den Konzessionsinhabern soll der Export der Erzeugnisse ihrer Unternehmungen zugelassen werden. Der im Lande verbleibende Ueberschuß ist durch die Organisations der russischen Regierung zu verteilen. Der Konzessionshaber muß die russische Arbeiterschaft beschäftigen und die gesetzlichen Bestimmungen für die Erhaltung der Fisch-, Mineral- und Holzbestände und der anderen Ressourcen des Landes innehalten.

Die Einigung

Nachdem durch die aufgeregten und entstehenden Meldungen der deutschen Pressevertreter in Spa zwei Tage lang in Deutschland der Eindruck hervorgerufen wurde, als ob der Bruch zwischen den deutschen Vertretern und den Alliierten unvermeidlich sei, ist es gestern doch zu der Verständigung über die Kohlenfrage gekommen. Die deutsche Delegation hat bis Donnerstag vormittag über die Forderungen der Entente beraten und den Nachrichten, die aus dem Ruhrgebiet mitgebracht hat, ist es wohl zuzuschreiben, daß man sich bereit erklärte, vorläufig die Lieferung von monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle zuzugestehen. Damit ist die schwierigste Differenz aus der Welt geschafft worden. Und wenn die deutsche Delegation an ihre Zustimmung zu den alliierten Forderungen einige wesentliche Bedingungen geknüpft hat, so dürfte es nicht zweifelhaft sein, daß sich darüber ein Einvernehmen erzielen lassen wird.

So schwer es uns auch fallen mag, diese zwei Millionen Tonnen monatlich den Alliierten zu liefern, so darf doch dabei nicht übersehen werden, daß das Wiedergutmachungskonto um so geringer wird, je größer der Umfang der Kohlenlieferungen ist. Daß der Gegenwert der deutschen Kohle auf die Wiedergutmachungen angerechnet wird, das ist die eine der deutschen Bedingungen. Die zweite fordert, daß die bisherigen Entscheidungen der Alliierten in der Kohlenfrage außer Kraft gesetzt werden. Eine weitere Bedingung wünscht ein Abkommen über Oberschlesien, durch das der deutschen Regierung das Recht der Verteilung der dortigen Kohlenproduktion im wesentlichen wieder zurückgegeben wird. So weit ist also die deutsche Delegation nicht gegangen, daß sie die Verschlebung der Abstimmung in Oberschlesien oder gar ihre völlige Aufhebung verlangt. Schließlich sollen die Alliierten Deutschland in der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen durch Gewährung einer Anleihe unterstützen, insbesondere aber dabei helfen, daß die Lebenshaltung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet verbessert wird. Zu diesem Zwecke soll so rasch wie irgend möglich, eine gemischte Kommission in Essen zusammentreten.

Die Verhandlungen und Unterhandlungen über die Kohlenfrage sind nicht öffentlich geführt worden. Was an Einzelheiten darüber bisher gemeldet wurde, das entsprang, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, zum Teil der Phantasie der Berichtshatter. Insbesondere ist durchaus noch nicht erwiesen, daß die Alliierten wirklich mit der Befehung des Ruhrgebiets gedroht und ein Ultimatum in Aussicht gestellt haben, das diese Drohung enthalten sollte. Allerdings hat noch am Mittwoch das Reutersche Bureau in einer Meldung angedeutet, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorstehe und daß die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen würden. Hierbei scheint es sich aber nur um einen Versuchsballon gehandelt zu haben; eine offizielle Erklärung der Alliierten, die eine solche Drohung enthielt, ist jedenfalls nicht erfolgt. Im Gegenteil, nach einer Meldung des „Matin“, dem man Deutsche freundschaftlich gewiß nicht nachsehen kann, hat Millerand Mittwoch abend noch erklärt, daß die Befehung des Ruhrgebiets niemals sein Ziel gewesen sei.

Dem mag aber sein, wie ihm wolle; ausschlaggebend für das Zustandekommen der Einigung in der Kohlenfrage ist ohne Zweifel die Stellung der Bergarbeiter gewesen. Lloyd George ebenso wie Millerand sind zu gewiegte Politiker, als daß sie nicht wissen müßten, daß sie mit Zwangsmahnahmen, unter denen die Bergarbeiter am meisten zu leiden haben würden, nicht das Mindeste erreichen würden. Lloyd George insbesondere dürfte über die Stimmung der englischen Bergarbeiter unterrichtet gewesen sein. Die englischen Bergarbeiter drängen nach Sozialisierung der Bergwerke und sie würden sicherlich nicht ruhig zugesehen haben, wenn ihre deutschen Kameraden zugunsten des alliierten Kapitals zwangsweise zur Arbeit angetrieben worden wären.

Der Berichtshatter der „Wasschen Zeitung“, dessen Sachkenntnis im Gegensatz zu den anderen Vertretern der deutschen Presse in Spa anerkannt werden muß, macht am Donnerstag abend besonders auf zwei Unterredungen des auswärtigen Ministers Simons aufmerksam, die die Entscheidung der deutschen Delegation wesentlich beeinflusst haben dürften. Die eine Unterredung hatte Simons in der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag mit Lloyd George. Unabhängig voneinander sollen beide Minister den Wunsch ausgesprochen haben, sich miteinander über die Kohlenfrage zu unterhalten. Dr. Simons, so erzählt der Berichtshatter, wurde von seiner Wits aus durch ein englisches Regierungsgesandtschaftsauto abgeholt und ebenso wieder zurückgeführt. Die Unterredung mit Lloyd George habe sich in freundschaftlichen Formen vollzogen und es seien darin die meisten Punkte behandelt worden, die nachher in den deutschen Gegenvorschlag aufgenommen worden seien. Lloyd George habe selbst zugegeben, daß die Annahme der Kohlenlieferung für die deutsche Regierung eine schwere Gefahr in sich birge, er habe aber dazu geraten, dieses Risiko einzugehen. Später habe Herr Dr. Simons eine energische Unterredung mit Herrn Stinnes gehabt. Der Minister wird dem

Großkapitalisten wohl auseinandergesetzt haben, daß die deutsche Regierung die ablehnende Haltung des deutschen Kapitals gegenüber den alliierten Forderungen nicht mehr beibehalten könne.

Besonders wichtig ist noch ein Punkt, auf den der Bericht der „Vossischen Zeitung“ aufmerksam macht. Er sagt, daß durch die Intervention der Engländer die Opfer erst möglich geworden seien, die die deutsche Delegation nicht glauben bringen zu können, solange mit Frankreich und den anderen Kollisionsländern direkt verhandelt werden sei. Man muß daraus schließen, daß die Engländer den Deutschen geraten haben, mit Rücksicht auf das französische Prestige der Lieferung von 2 Millionen Tonnen monatlich zuzustimmen. Die Bedingungen, die die deutsche Delegation an ihre Zustimmung geknüpft hat, scheinen die Grundlagen für die Hilfe zu bilden, die die Alliierten der deutschen Regierung zur Durchführung der Vereinbarungen gewähren will. Diese Schlussfolgerung kann man schon deswegen ziehen, weil gerade die „Vossische Zeitung“ diese Mitteilung, die die englischen Absichten durchaus nicht als deutschfeindlich erscheinen läßt, bringt, trotzdem das Blatt sonst die Kontinentalpolitik vertritt und eine deutsch-französische Verständigung gegen England wünscht.

Wenn in der Kohlenfrage die Einigung endgültig vollzogen ist, so werden die weiteren Verhandlungen in Spaa, die sich auf die Wiedergutmachung beziehen, keine größeren Schwierigkeiten machen. Gestern Abend fand eine Besprechung zwischen Lloyd George, Millerand und Simons statt. Ueber ihren Inhalt und ihr Ergebnis sind wir noch nicht unterrichtet; ohne Zweifel sind aber dort die letzten Einzelheiten in der Kohlenfrage besprochen worden und darüber hinaus dürfte man sich auch mit den übrigen noch zur Verhandlung stehenden Punkten beschäftigt haben.

Die Verständigung in Spaa ist nicht, darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, vom Standpunkt des Proletariats aus erfolgt. Es waren die Vertreter bürgerlicher, kapitalistischer Regierungen, die zur Konferenz in Spaa zusammengekommen sind und sich jetzt über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen einigen wollen. Aber auch die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß die Wiederveranbarung der Völker endlich beginnt und selbst wenn sich diese vorläufig nur in kapitalistischen Formen vollzieht, so müssen wir alles tun, um sie zu fördern. Neue Zwangsmaßnahmen mögen den Wünschen der Nationalisten sowohl bei uns wie bei den Alliierten entsprechen; das Proletariat muß verlangen, daß das denkbar Mögliche geschieht, um neue Entzweiungen zu verhindern. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die deutsche Delegation den Prestige-Ansprüchen der Alliierten entgegenkommen ist, um dagegen wichtige wirtschaftliche Vorteile für uns einzutauschen.

Im dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist nicht nur das Kapital interessiert; die Arbeiterschaft weiß, daß sie um so rascher ihr Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erreichen wird, je ungehörter die kapitalistische Produktion sich entwickelt. Und wie bei den Verhandlungen über die Kohlenfrage der Einfluß der Bergarbeiter sich bestimmend auswirkt, so steht schon hinter der Konferenz von Spaa das internationale Proletariat, um das Werk der Wiederveranbarung und der Völkerbefreiung endlich zu vollbringen, an dem die Kunst bürgerlicher Staatsmänner sich bisher vergeblich abgemüht hat.

Die Erhöhung der Getreidepreise Der Ablieferungstreik der Landwirte

Die gegenüber den ursprünglichen Absichten des Reichsernährungsministeriums etwas niedriger festgelegten Getreidepreise werden von der nichtagrarischen Presse im allgemeinen ziemlich kritisch gewürdigt. Insbesondere findet die Versicherung, daß keine Preissteigerung eintreten solle, fast nirgends Glauben. Die agrarische Presse aber tobt, daß durch den entscheidenden Protest der Konsumenten und durch die Ausdehnung der Gefahren, die jede Preissteigerung für die Ernährung, die Arbeitslosigkeit und die Gesundheit von Millionen Menschen in sich birgt, die völlige Erfüllung der Wünsche der ostelbischen Agrarier verhindert worden ist. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß aus Erwägungen, die mit tatsächlichen, sachlichen Gründen nichts zu tun haben, die Landwirtschaft in der Frage der Preisgestaltung abermals in Behandlung zutiefst geworden ist, die sie als wirtschaftliche Partei im deutschen Volke erscheinen läßt. Während zum einen alles, was produziert und mehr noch, was nur verbraucht, zum Teil phantastische Gewinne erzielt, wird der Landwirt die Erfüllung von Zulagen, auf die sie seit Beginn des Jahres ihre Verträge eingekauft hat, vorenthalten, und die zugemutet, zu einem erheblichen Teil unter den Produktionskosten zu produzieren. Und das geschieht wider die bessere Überzeugung der beherrschenden und sachverständigen Stellen, wie die Unterbreitung der eigenen Antilohnpolitik des Ernährungsministeriums klar und unumwiderrlich beweis.

Die Schuld daran mißt die „Deutsche Tageszeitung“ nicht nur dem Proteststurm der Angeheilen und Arbeiter bei, sondern ihre Wut richtet sich auch gegen diejenigen landwirtschaftlichen Kreise, die in Anerkennung der Interessen der Allgemeinheit vor der geplanten gewaltigen Preissteigerung gewarnt haben. Sie schreibt:

Es ist eine große Kurzsichtigkeit, ja es ist mehr als das, es ist Verrat an den engeren Berufs- und an den weiteren Gesamtvolksinteressen, wenn in dieser Beziehung eine schuttpolitische Politik getrieben wird, der vielleicht lokale Interessen zugrunde liegen mögen, die aber zu einer ganz falschen Einschätzung der wirklichen Situation in der Volkswirtschaft führt. Durch dieses Toben des führenden Organs der ostelbischen Janters, daß selbst die jetzt in Kraft getretene geringere Erhöhung der Getreidepreise die Interessen der Agrarier über Gebühr begünstigt, insbesondere aber ist es wichtig, schon heute festzustellen, daß die mit den Preissteigerungen verbundenen Hoffnungen der Regierung auf härtere Ablieferung bei dem hartnäckigen Widerstand der Landwirte nicht in Erfüllung gehen werden, wenn die Regierung nicht durch die Arbeiterklasse gezwungen wird, zu den tatsächlichen Machtmitteln zu greifen, die eine Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse garantieren.

Aus allen Teilen des Reiches, in denen der Großgrundbesitz vorwiegend ist, gehen uns dauernd Mitteilungen zu, daß noch große Vorräte, insbesondere an Roggen, ungedroschen auf den Feldern und in den Scheunen lagern. In Erwartung der höheren Preise und der Frühfruchtprämien ist der Druck dieser Bestände unterlassen worden, obwohl die Not in den Städten ungeheuer gewachsen ist, die städtischen Bewohner infolgedessen nicht nur teures, sondern auch schlechtes Brot erhalten. Die der Zukunft kann unter keinen Umständen länger andauern, denn er bedeutet, daß eine winzige handvoll Menschen, weil sie die Verfügung über das Land besitzen, es in der Hand haben, die Städte hungern zu lassen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um das auf dem Lande lagernde Getreide der städtischen Ernährung zuzuführen. Da die bestehenden staatlichen Depots nicht ausreichen scheinen und auch in vielen Fällen nicht geeignet sind, so müssen in den Städten unter Aufsicht der Gemeindefunktionäre von Arbeitern und Angehörigen gebildet werden, die unter Verleihung obrigkeitlicher Befugnisse das Recht erhalten müssen, die landwirtschaftlichen Betriebe zu kontrollieren und nicht abgeleitet zu werden.

Die nationallistische Pöbelelei

Antisch wird mitgeteilt:

Der Zwischenfall, der sich gestern am französischen Nationalfeiertag am Pariser Platz ereignet hat, ist heute in einer Kabinetsitzung erörtert worden. Dabei wurde mitgeteilt, daß die französische Botschaft auf ihre Absicht, den Tag in der auch früher geübten Weise zu feiern und die Flagge auf dem Botschaftsgebäude zu hissen, am Vortage hingewiesen und Sicherheitsmaßnahmen angesetzt hatte. Das Polizeipräsidium in Berlin war vom Auswärtigen Amt unter ausdrücklichem Hinweis auf die politische Bedeutung der Angelegenheit ersucht worden, zur Verhütung jeglicher Störungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Um so härter ist die Unzulänglichkeit zu verurteilen, mit der die Maßnahmen des Polizeipräsidiums getroffen oder durchgeführt worden sind.

Das Kabinett war sich in der entschiedensten Beurteilung des Zwischenfalls einig. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts herrschte Einmütigkeit darüber, daß die vom preussischen Minister des Innern bereits suspendierten schuldigen Beamten sofort zu entlassen seien. Die ohne Kenntnis der Reichsregierung und der preussischen Regierung von der Sicherheitspolizei ausgegebene Darstellung, wonach sich französische Offiziere und Mannschaften provozierend benommen hätten, hat sich nicht bestätigt.

Nach dieser amtlichen Meldung, die das völlige Fehlen auch nur der geringsten Schuld von französischer Seite zweifellos erkennen läßt, wird der pöbelhafte Aufruhr nur noch verdammenswürdiger. Die Hauptschuld an der Ausbreitung der Demonstration trägt aber nach amtlichem Zugeständnis das Polizeipräsidium. Das Polizeipräsidium wird ausdrücklich tags vorher von der französischen Botschaft vermahnt, unterläßt es aber trotzdem, in ausreichendem Maße für die Verhinderung von Ansammlungen oder Demonstrationen Sorge zu tragen. Dasselbe Polizeipräsidium, das mit ausreichenden Kräften und handgreiflicher Energie jederzeit zur Stelle ist, wenn es gilt, gegen die Arbeiter etwas zu unternehmen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Behandlung unserer Plakatkleber während der Wahlkampagne durch Angehörige der Sicherheitswehr erinnert.

Das Berliner Polizeipräsidium, die verantwortliche Organisation für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Berliner Polizeipräsident als der oberste Hüter des Ordnung- und Sicherheitsdienstes in Berlin, haben so gütlich ihre Pflichten vernachlässigt, daß selbst die preussische Regierung und das Reichskabinett gezwungen sind, die Unzulänglichkeit der ergriffenen Maßnahmen entschieden zu verurteilen. Und das in einem Falle, der uns schwerste internationale Konflikte bringen kann, in einer Situation, die wahrlich nicht des Ernstes ermangelt.

Nach Preßberichten soll Polizeipräsident Richter in Urlaub sein. Die Deffektivität hat das Recht, zu erfahren, welche Stelle und welche Person für das Vergehen der Sicherheitspolizei verantwortlich sind. Der amtliche Bericht gibt auch zu, daß sich die Darstellung der Sicherheitspolizei nicht bestätigt. Wir möchten im Anschluß daran nochmals feststellen, daß es sich keineswegs etwa um eine zufällige Ansammlung handelt, sondern, daß der ganze Krach wohlorganisiert war.

Spaa, 15. Juli.

Reichskanzler Lehrenbach hat Millerand schriftlich sein Bedauern über den Zwischenfall in Berlin ausgesprochen.

Neuaufgabe der politischen Polizei

Im Reichsministerium des Innern werden, nach einer offiziellen Meldung, die bisher in verschiedenen Abteilungen bearbeiteten politischen Angelegenheiten (öffentliche Ordnung und Sicherheit, Ausnahmezustand, Sicherheitswehren, Einwohnerwehren, Wasserhau, Technische Notdienste) nunmehr in einer hierzu besonders gebildeten Abteilung einheitlich bearbeitet. Mit der Leitung dieser Abteilung ist bis auf weiteres der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Aussenzer, bisher Gendarmenoberst in Baden, beauftragt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter dieser harmlos klingenden Meldung die Umorganisation der politischen Polizei für das Reich vermutet. Wir haben also neben einem preussischen Staatskommissar für die öffentliche Ordnung nun auch einen Reichskommissar für die öffentliche Ordnung. Sollte sich der Reichskommissar ebenso wie sein Amtkollege in Preußen von jedem Spießbericht einwinkeln lassen, so werden wir bald unter der Hand der Schauer- und Umsturznachrichten erliden.

Wir müssen aber auch heute wie je, die Einrichtung der politischen Polizei bekämpfen. Ein Staatswesen und eine Regierung, die ihre Kraft und ihr Ansehen auf das gute Funktionieren der politischen Polizei, die mit den verwerflichen Mitteln des Vespiesensystems und der Spionage arbeitet, stützen, bringt sich um allen Kredit bei der arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeiterschaft weiß, daß die politische Polizei in erster Linie gegen ihre gesamte politische und gewerkschaftliche Arbeit eingesetzt wird. Sie bringt daher dieser neuen Einrichtung das größte Mißtrauen entgegen.

Die Entwaffnungsaktion

Die Nachrichtenstelle des Reichsministeriums des Innern teilt mit: Auf verschiedenen Anstagen sind wir in der Lage mitzuteilen, daß die Reichsregierung zur Ausführung der hinsichtlich der Entwaffnung in Spaa übernommenen Verpflichtungen, die erforderlichen geschlichen und Verwaltungsmassnahmen eingeleitet hat. Die zur Ausführung berufenen Stellen werden baldmöglichst nähere Nachrichten erhalten, einzelne Massnahmen vorweg zu ergreifen, erscheint hiernach ungewöhnlich.

Hoffentlich fangen die mit der Entwaffnung beauftragten Organe an den richtigen Stellen an. Vorerst müssen die unter Mitwirkung von militärischen Dienststellen auf den Gütern versteckten Geschütze, Minenwerfer, M. Gs. und Handgranaten mit Beschlag belegt werden. Dann werden auch die Infanteriewaffen leichter erfaßt werden können. Die beste Auskunft über die Waffenlager im Allgemeinen können die verschiedensten Reichswehrstellen geben. Auch die Zeitfreiwilligen und die Einwohnerwehren wissen darüber einiges Bescheid. Schließlich wird man bei bestimmten Gutshoffizieren Generalkapitänspäne finden, wo die Waffenlager genau eingezeichnet sind. Diese Pläne dürften die Entwaffnungsaktion wesentlich erleichtern.

Der neue bayerische Landtag

T. U. München, 15. Juli.

Der neue bayerische Landtag hielt seine erste Sitzung ab: er wählte zum Präsidenten den Abgeordneten Königsbauer (Bayr. Sp.), zum ersten Vizepräsidenten Abg. Erhard Auer (Sot.), zum 2. Vizepräsidenten den Abg. Gohler (U. S. P. D.). Die Gewählten nahmen die Wahl an.

In seiner Antizipationsrede gedachte der Präsident der Verhandlungen, die er am 1. August in der Abstimmung im Osten, die ein so erzu-

liches Beschlusses zum Deutschum offenbart habe. Die Ausführungen des Präsidenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Königsbauer brachte daran anschließend ein Schreiben des Ministerpräsidenten von Kahr zur Verlesung, in welchem mitgeteilt wurde, daß nach Abgabe der Verfassung sämtliche Minister beschloßen haben, vom Amte zurückzutreten. In der morgigen Sitzung wird die Verlesung des neuen Ministeriums und die Befestigung des Regierungsprogrammes durch den Ministerpräsidenten stattfinden.

Die deutsch-lettischen Beziehungen

W. T. B. meldet: Heute ist im Auswärtigen Amt zwischen den vollmächtigen Vertretern Deutschlands und Lettlands ein vorläufiges Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem deutschen Reich und Lettland unterzeichnet worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden, von dem das Inkrafttreten des Abkommens abhängt, wird erfolgen, sobald die beiderseitigen verfassungsmäßigen Instanzen die Ratifizierung vollzogen haben werden.

Der reaktionäre Geist der Reichspostverwaltung

Von Wilhelm Hoffmann

Bei der Besoldungsordnung hat die Reichspost es nicht verstanden, in gerechter Abwägung die Post- und Telegraphenbeamten den übrigen Beamten und Lehrern in den Staaten und Gemeinden gleichzustellen. Darüber herrscht bei allen Beamten der Post große Erregung. Die berechtigten Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten müssen schleunigst erfüllt werden.

Ebenso unzureichend ist die Personalordnung der Post, die von Stephens Zeiten her an dem Geist der „Ausbeutung“ leidet. So sind z. B. die seit 1900 eingerichteten „gehobenen“ Unterbeamtenstellen jetzt in Post-Bezirke als „assistentenstellen“ umgewandelt worden. Aber auch diese Lösung entspricht schon heute nicht mehr dem tatsächlichen Dienstinhalt dieser im ganzen Reich etwa 21 000 Mann zählenden Beamtengruppe, von denen schon heute viele Postbetriebsassistenten die vollen Assistentendienstgeschäfte im Verwaltungsdienst wie im Kassen- und Rechnungswesen, im Schalterdienst und in anderen Dienstverrichtungen wahrnehmen. Eine Überführung dieser Beamten in die Postassistentenstelle ist darum unerlässlich. Das sächsische Schlagwort: „Dem Tüchtigen freie Bahn“, mit dem sich leichtgläubige Beamtengemüter in blinder Hoffungslosigkeit nur zu leicht zufriedengeben, hat die Postverwaltung bisher nicht zu einer Tat werden lassen.

Aber in ihrem verblähten Ruhm altgewordene Poststreber nicht nach solchen Zielen. Ein neuer freier Geist soll nicht Herz und Hirn der Beamten beleben. Das zeigt der ungeheuerliche Erlass des Reichspostministeriums vom 1. Juli im Postamtsblatt 35, der die Wahlen von Betriebsvertretungen der Postbeamten verbietet.

Das endlich totgeblaubene preussische Dreiklassenwahlsystem erlebt durch den § 8 dieses Erlasses seine Wiedergeburt. Hiernach müssen die Beamten der Besoldungsgruppen 1-3 (untere), 4-9 (mittlere) und 10-13 (höhere Beamte) in reinlicher Scheidung nebeneinander wählen. Es wird sicher Vorsorge getroffen, daß auch die Wahlzettel der unteren nicht mit den der mittleren und höheren Beamten in eine Wahlurne friedlich neben- und einander zu liegen kommen, damit ja das alte bewährte Autoritätsprinzip nicht leidet.

Die Berufsorganisationen der zahlreichen mittleren und unteren Beamten haben in ihrem allgewohnten Geist der Unterordnung es nicht verstanden, durch den von ihnen gebildeten Beamtendeirat das Reichspostministerium zu einer freierwilligen Denkwende zu bewegen. Das liegt an der geistigen Verfassung dieser Beiratsmitglieder, die geistig fast ausnahmslos in einer bürgerlichen Vorstellungswelt befangen sind. Obwohl einige dieser Vertreter angeblich an diesem Erlass nicht wollen mitgewirkt haben, stellt das amtliche Organ des Postministeriums, die „Deutsche Postzeitung“, fest: „Die Grundzüge für den Aufbau der Vertretung der Beamten sind zwischen dem Reichspostministerium und dem Beamtendeirat schon seit einem halben Jahr festgelegt.“ Danach sind die Vertreter der Berufsorganisationen mitschuldig an der Abfassung des rüchständigen Erlasses.

Anstatt eines Mitbestimmungsrechts der Ausschüsse (Beamtendeiräte) taucht in dem Erlass das alte „Wohlvollen“ der Dienstorgane wieder auf. Wie dieses „Wohlvollen“ beschaffen ist, wissen die beteiligten Beamten. Sie sind es fast bis zum Widerwillen, sie wollen jetzt endlich Rechte haben, um ihren Pflichten- und Verantwortungsreis zu erweitern.

Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Beamtendeiräte beginnt nun in der Beamtenschaft der Post- und Telegraphen! Die Postboten und Postillon haben die Rückständigkeit dieses Erlasses erkannt und lehnen ihn rundweg ab.

Die Postverwaltung hat bisher das zweideutige Wort „Mitwirkung“ den Beamten schmachtlich zu machen gesucht, als sei das lovel wie Mitbestimmung. Das aber in Wirklichkeit der Reichspostminister diese zwei Begriffe in ihrer Bedeutung sehr fein zu unterscheiden versteht, spricht aus dem Schreiben VI/V Q 685 vom 15. April 1920 an die Reichsminister und preussischen Minister, sowie an die Vizepräsidenten des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei zum Entwurf eines Gesetzes betreffend Beamtendeiräte. Dort heißt es: „Die wichtigste Frage, mit der ein Gesetz über Beamtendeiräte sich zu befassen hat, ist die, ob und inwieweit den Beamten ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden kann. Die Mitbestimmung steht im Gegensatz zur bloßen Beratung und gutachtlichen Mitwirkung. Sie bedeutet, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Beamten und Behörde nicht diese, sondern ein paritätisch zusammengesetzter Schlichtungsausschuß endgültig entscheidet. Die gesetzliche Einräumung eines Mitbestimmungsrechts ist, da der Minister für die gesamte Verwaltungsführung dem Reichstag gegenüber verantwortlich ist, nicht unbedenklich. Würde man dem Rechnung tragen, so würde den Beamtendeiräten nur eine beratende und gutachtliche Mitwirkung einzuräumen sein.“

Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht bei der Post ist also auch ein Kampf gegen rüchständige Anschauungen des Postministeriums.

Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Klassenwahl lautet das Thema der Postversammlung der Beamten auslässe der Post und Telegraphie von Großberlin, die am 16. Juli, 5½ Uhr, in der Stadthalle, Klosterstr. 11 stattfindet, zu der auch Reichstagsabgeordnete geladen sind.

Kapitalistische Herrschaftsgelüste

Tagung des Gewerkschaftsbundes — Betriebsräteorganisation und Lohnabbau

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war am 6. Juli zu einer außerordentlich wichtigen dreitägigen Tagung im Berliner Arbeiterhaus zusammengetreten. Nach der Erledigung von Hausangelegenheiten, sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten, kleineren Entwürfen und Grenzstreitigkeiten schloß am zweiten Tage die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebsratszeitung ein. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin stattgehabte Konferenz der Agitations- und Bezirksleiter beschäftigt. Legien berichtete über diese Konferenz und über die früher in Gemeinschaft mit der „Afa“ getane Schritte zur Zusammenfassung und Erhaltung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünschte die Einsetzung eines Beirats bei der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte, bestehend aus einer direkten Vertretung der letzteren. Der Einsetzung eines Beirats wurde zugestimmt. In diesem sollen die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder der Betriebsräte aller Gruppen vertreten sein. Die Kampftätigkeit der Betriebsräte wurde den Vorständen der an den betreffenden Gruppen beteiligten Gewerkschaften übertragen. Ueber die Vertretung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes kam es zu einer längeren Aussprache, in der betont wurde, es dürfe darauf für den Metallarbeiterverband kein Sonderrecht abgesehen werden. Schließlich kam man überein, die Zahl der Mitglieder der Reichszentrale auf sechs (drei Vertreter des A. D. G. B., zwei der Afa und der Sekretär) festzusetzen und gab dem Bundesvorstand anheim, bei der Wahl seiner Vertreter den Metallarbeiterverband zu berücksichtigen. Die „Betriebsräte-Zeitung“, deren erste Nummer vorlag, soll vorerst monatlich im Umfange von acht Seiten erscheinen. Sie wird von Dr. Stresemann redigiert und den Betriebsräten durch die Gewerkschaftsvorstände zugestellt. Von der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sind bereits eine Reihe Musterentwürfe für Geschäftsordnung, Arbeitsordnung, Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen aufgestellt, die der Begutachtung der Gewerkschaftsvorstände übergeben wurden. Die Geschäftsordnung für die örtlichen Betriebsrätezentralen fand keinerlei Widerspruch.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß nach diesen Beratungen auch ohne einen absolut bindenden Beschluß ein Beirat nach dem Vorbild des in diesem Teil vorzüglich den Gewerkschaftlichen Richtlinien dienlich einnehmen, von den Vorständen der Gewerkschaften nachahmt gemacht werden sollen. Warum nicht von den in den Mitgliedern des A. D. G. B. für die Organisation der Betriebsräte vorgesehenen Zentralen der Industriegruppen?

Nach weiteren Beratungen, die die Frage der Industrie-Organisation im Bauwesen und in den Lebensmittelberufen betrafen, beschäftigte sich der Ausschuss mit der Rundgebung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände über den Lohnabbau. Der Ausschuss beschloß gegen drei Stimmen folgende Erklärung gegen die Rundgebung der organisierten Unternehmer: „Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat in ihrer Rundschreibung vom 20. Mai 1920 einen Mahnruf an alle ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände gerichtet mit der Aufforderung, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen, da die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten hätten, der Absatz schon heute überall stode und eine abermalige Steigerung der Lebenshaltungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Preissteigerung zur Katastrophe führen müßte.“

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß diese Rundgebung einer der stärksten Arbeitgebervereinigungen auf die tiefste Bedauern, da sie der Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der Löhne und Gehälter Schwierigkeiten bereiten und in die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften einwirken. Ein einseitiger Lohnabbau seitens der Arbeitgeber würde Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern heraufbeschwören, die das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitsgemeinschaften unmöglich machen würden.

Die Gewerkschaften sind sich der Schwierigkeiten in der deutschen Volkswirtschaft hinsichtlich der Preisentwicklung sowie der Anpassung der Löhne und Gehälter an diese wohl bewußt und gleichfalls davon überzeugt, daß eine Erhöhung dieser Verhältnisse angebahnt werden muß.

Eine solche kann und darf aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmer dadurch erzielt werden, daß versucht wird, durch Lohnverminderungen einen Preisabbau zu erzwingen. Vielmehr muß der Preisabbau die Voraussetzung für eine Anpassung der Löhne sein, die auf den wirklichen Lebenshaltungskosten basieren müssen. Auch genügt es nicht, daß die Großhandelspreise einiger Lebensmittel zu gewissen Ausmaßes vorübergehend im Sinken begriffen sind, um daraus auf eine allgemeine Verminderung der Lebenshaltungskosten zu schließen, sondern es bedarf der genauen Ermittlung der am Arbeitsort geltenden Kleinhandelspreise, deren Federführung allein dem zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Preisbewegung abgeben.

Die Gewerkschaften müssen entschieden Verwahrung einlegen gegen den einseitigen Versuch führender Arbeitgeberverbände, die Lohnregelung der paritätischen Verhandlung zu entscheiden und der höchsten Willkür kapitalistischer Herrschaftsgelüste zu unterliegen. Der Beschluß ist von außerordentlicher Wichtigkeit für die Wirksamkeit der Gewerkschaften in der allerersten Zukunft. Sehr merkwürdig mutet nur die Mahnung an, die die Rundgebung der Unternehmer greift in die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften ein. Die Mehrheit im Ausschuss des A. D. G. B. sollte sich endlich darüber belehren lassen — nicht durch uns, sondern durch die Tatsachen — daß das Unternehmertum auf die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften pfeift, wozu es ihm nahe. Es ist ein höchst unsauberes Stück, daß die Vertreter der Gesamtheit von mehr als 8 Millionen organisierten deutschen Arbeiter über eine Gefahr für das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitsgemeinschaften jammer. Man sollte doch begreifen, daß dem Unternehmertum die Arbeitsgemeinschaften lediglich notwendig erscheinen für den Wiederaufbau der gealterten Wirtschaft und daß diese merkwürdigen Revolutionsbildungen für das Kapital nur solange Wert haben, wie sie sich in den Arbeitsgemeinschaften tätigen Gewerkschaften willig in den Dienst dieser Aufgabe stellen.

Sitzung des Reichsrats

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Donnerstag nachmittags, erhob gegen den Beschluß des Reichstags, bezüglich der Neuregelung der Steuerbefreiung vom Arbeitslohn, der Reichsrat seinen Einspruch. Weiterhin wurde angenommen die Verordnung des Reichspräsidenten über die Besoldung der Reichsbeamten in Verbindung mit der Besoldungsordnung selbst und dem Nachtragsetz für die Reichsbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbanddirektoriums. Die Ausschüsse haben nur unerhebliche Änderungen vorgenommen. Das Bedenken, daß die Reichsbeamten künftig gekürzt würden als die anderen Beamten in der neuen Besoldungsordnung, wurde von Vertretern des Reichsbanddirektoriums damit entkräftet, daß die Reichsbeamten ein kaufmännisch arbeitender Betrieb sei und daher auch ihre Angestellten entsprechend den Verhältnissen in den kaufmännischen Betrieben bezahlet werden. Durch den Nachtragsetz wird der Beamtenstab der Reichsband um weitere 300 Köpfe vermehrt. — Der vorläufigen Ortsklasseneinteilung stimmte der Reichsrat zu. Die Regierung hat versprochen, mit unwillkürlicher Beschleunigung an die Neueinteilung der Ortsklassen auf Grund neuer

statistischer Erhebungen heranzutreten. — Vom Nachtragsetz wurden noch die Erats des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Postministeriums erledigt. Dem Reichsrat wurde ein Paragraph hinzugefügt, wonach die in Zugang kommenden und zuverordnenden Beamtenstellen zunächst mit bereits vorhandenen, in anderen Verwaltungen entbehrlich gewordenen Beamten, namentlich solchen aus den besetzten Gebieten, zu besetzen sind. — Das Kohlensteuergesetz wurde unter Aufhebung eines früheren Beschlusses des Reichsrats nunmehr bis zum 31. Juli 1921 verlängert.

Der Märzputsch im Volksstaate Neuch

Während der Kapitulation hatte sich auch im Volksstaate Neuch eine sogenannte neue Regierung gebildet. Sie blieb nicht lange am Leben, sondern wurde durch einen fast beispiellosen Mut der Generaer Arbeiterklasse, die, völlig unbewaffnet, den Kampf gegen etwa 500 Reichswehrsoldaten und 1000 Zeitfreiwillige aufnahm, sie niederring und entwaffnete. Schon nach zwei Tagen wieder davongesetzt. Ueber die Vorbereitung und die Durchführung des Putschs hat jetzt das Presseamt des Volksstaates Neuch das amtliche Material veröffentlicht, das uns einen sehr reichen Einblick in das innere Getriebe der rechtsstehenden Putschbewegung gewährt. Wir erfahren aus den veröffentlichten Dokumenten, daß der Rechtsputsch unter Kosles stiller Mitwirkung vorbereitet wurde. Gera, wo seit dem Zusammenbruch im November 1918 niemals die Ruhe geblieben war, bekam trotz heftigen Widerspruchs der neuchischen Regierung im Februar 1920 ein Bataillon Reichswehr zugeteilt. Es erliefen unter der Führung des Generaer Arbeiterführers Gera, wo seit dem Zusammenbruch im November 1918 niemals die Ruhe geblieben war, bekam trotz heftigen Widerspruchs der neuchischen Regierung im Februar 1920 ein Bataillon Reichswehr zugeteilt. Es erliefen unter der Führung des Generaer Arbeiterführers Gera, wo seit dem Zusammenbruch im November 1918 niemals die Ruhe geblieben war, bekam trotz heftigen Widerspruchs der neuchischen Regierung im Februar 1920 ein Bataillon Reichswehr zugeteilt. Es erliefen unter der Führung des Generaer Arbeiterführers Gera, wo seit dem Zusammenbruch im November 1918 niemals die Ruhe geblieben war, bekam trotz heftigen Widerspruchs der neuchischen Regierung im Februar 1920 ein Bataillon Reichswehr zugeteilt. Es erliefen unter der Führung des Generaer Arbeiterführers

Wenn Scheidemann in seiner demagogischen Rede immer wieder behauptet, ohne Ledebour kein Putsch, so beweist das Geraer Beispiel, wenn auch nur in einem kleinen Ausmaß, so gerade Gegenteil und damit aber auch die volle historische Wahrheit: ohne Kosles kein Putsch und ohne Ledebour, dem Günstling Kosles, kein Kampfputsch! Unter der Woche, die Ruhe und Ordnung zu wahren, ließ Kosles den Generaer freien Spielraum, ließ sie eine Stadt nach der anderen militärisch besetzen, Zeitfreiwillige und Einwohnerwehren als faktische Abwehrkräfte ins Leben rufen und machte sich damit zum Mitorganisator des strategischen Aufmarschplanes der Gegenrevolution. Denn alles, was die Generäle bis zum März 1920 unternahmen, um „Ordnung zu schaffen“, diente in erster Linie und ausschließlich dem gegenrevolutionären Aufmarsch, was dazu bestimmt, das ganze Reich mit einem militärischen Netz zu überziehen, in das die Arbeiterklasse, wenn die Stunde zum Losschlagen gekommen war, rettungslos verstrickt sein sollte.

Neben der Reichswehr, die samt ihrem Minister Kosles, durch den Putsch auf Schwere belastet worden ist, gehen auch die beiden Rechtsparteien als Gezeichnete aus der geschichtlichen Darstellung des Putsches im Volksstaate Neuch hervor. Wären sich die Deutschnationalen und die Sinnespartei nach so sehr sträuben; sie haben beide den Putsch mit vorbereitet, sie haben bei der Durchführung an heroischeren Stelle mitgemacht, sie sind ebenso mitschuldig wie Bauer, Lubendorf, Lüttich und Ehrhardt. Ihr hartnäckiges Leugnen beweist nur die Größe ihrer Schuld.

Warnung vor Lockspitzeln

Aus dem Parteivorstandsbureau wird uns geschrieben: Wir erhielten jetzt aus Braunschweig ein Exemplar eines Flugblattes zugelandt, in dem die Arbeiterklasse zum bewaffneten Kampf gegen die Reaktion und zur Unterwerfung Sowjet-Rußlands aufgefordert wird. Es trägt die Überschrift: „Ein Wort an das betrogene und gefesselte Proletariat Deutschlands! Mann der Arbeit, entscheide Dich!“ und ist unterschrieben: „Das proletarische O. A. der bewaffneten Arbeiterklasse Bezirk Braunschweig.“

Aufmachung und Anonymität des Flugblattes — auf das sich die reaktionäre Presse als Beweis für einen revolutionären Putsch in Braunschweig bezog — lassen ohne weiteres erkennen, daß es aus sehr dunklen Quellen stammt. Wir geben deshalb nicht sehr in der Vermutung, wenn wir sagen, daß es den Zweck hatte, die Arbeiterklasse zu Unvorsichtigkeit anzuregen. Da sich ähnliche Versuche auch an anderen Orten zeigen werden, warnen wir nochmals ausdrücklich an dieser Stelle davor und erlauben unsere Organisationen und Mitgliedschaften scharf zu beobachten, was sich in ihrem Umkreis ereignet.

Die Welkernte

In allzu geringem Maße erhalten die hungernden Massen, vor allem Mittel- und Osteuropas, überseeische Lebensmittelzuschüsse. Die schlechten Geldverhältnisse, in Verbindung mit der Verteuerung stehen einer Wiederausdehnung der durch den Krieg eingeschränkten internationalen Versorgungswirtschaft hemmend entgegen. Mildernd könnten hier gute Ernten wirken. Erwartungspoll blüht deshalb heute mancher auf die internationalen Erntebereiche usw., der sie früher nutzlos überließ.

Amerika gilt das Haupterzeugnis. Kanada stellt in diesem Jahre eine größere Ernte in Aussicht, als im Vorjahre. In den Vereinigten Staaten erwartet man etwa 22 Millionen Tonnen (a 1000 Kilogramm) Weizen, gegen fast 30 Millionen im Vorjahre. Von den diesjährigen 22 Millionen Tonnen brauchen die Vereinigten Staaten selbst 16 Millionen Tonnen. Der für die Ausfuhr verfügbare Rest wird aber erhöht durch große Bestände, die von der vorigen Ernte her noch im Lande sind. (Zum besseren Verständnis dieser Zahlen sei bemerkt, daß Deutschland im Durchschnitt des Jahres 1909/10 jährlich etwa sechs bis sechs Millionen Tonnen Weizen verbraucht, von denen durchschnittlich 1,5 Millionen Tonnen aus dem Auslande kamen.) Man hatte zu Anfang des Jahres bis noch vor kurzem in den Vereinigten Staaten mit einem schlechteren Ergebnis gerechnet. Die Preise waren dementsprechend stark gestiegen. Nunmehr werden sie wohl erheblich nachgeben, so daß es möglich werden wird, amerikanischen Weizen billiger als zu 4270 Mark pro Tonne zu beziehen. (4270 Mark folgte die Tonne amerikanischen Weizen an der New Yorker Börse am 7. Juli, wenn man den Dollar zu 37,50 Mark rechnet.) Auch in Argentinien waren die Weizenpreise seit Jahresfrist bedeutend gestiegen. In beiden Ländern ist die Steigerung nicht weit hinter der Verdoppelung zurückgeblieben. Nun erwartet man in Argentinien aus der neuen Ernte 5,83 Millionen Tonnen Weizen, davon kann ein erheblicher Teil ausgeführt werden. — Die Roggenenernte wird in den Vereinigten Staaten etwa ein Zehntel der Weizenenernte bringen. Von Hafer und Gerste erwartet man dort etwa 20 bzw. 4 Millionen Tonnen Ertrag. Auch Mais kommt erheblich in Betracht — in den Vereinigten Staaten sowohl, wie in Argentinien.

In Europa sind die Ernteaussichten im allgemeinen günstig. Einen besonders großen Einflußbereich hat Italien, in Ungarn haben sich die Aussichten verschlechtert, in Rumänien gebessert. In Belgien, Indien hofft man, 10 Millionen Tonnen Weizen (gegen 7,1 im Vorjahre) ernten zu können. Australien, Südafrika und Ägypten sind ungünstig gestellt, in Ägypten hat die Baumwolle den Weizen allzu stark verdrängt, und Australien ist von einer schweren Misere bedroht.

Produktive Erwerbslosenfürsorge

Am 13. d. M. hat auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums eine eingehende Besprechung der Fragen stattgefunden, die für den Fall, daß Arbeiterentlassungen in großen Umfang notwendig werden, der Lösung harren. Vor einem Kreise von etwa 50 Personen, in dem außer den beteiligten Behörden eine Anzahl städtischer Gemeinderäte, die Länder, Unternehmer und Arbeiter vertreten waren, berichtete Regierungsrat Albrecht in einem vortrefflichen Vortrage über den Stand der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet über die Beratungen folgendermaßen:

Der Vortragende betonte insbesondere, es werde auf diesem Wege nur dann Erfolg zu erzielen sein, wenn es gelänge, die Arbeiter auf solche Gebiete zu lenken, in denen die Materialkosten hinter den Löhnen zurückblieben. Ein natürlicher und notwendiger Erfordernis sei ferner, die beschäftigungslosen Arbeitskräfte auf den Großstädten heraus in getrennte Lagersorten zu bringen. Schließlich sei sich der Vortragende mit der Frage der Berufsberatung auseinandergesetzt. Leider gibt es, worauf von mehreren Teilnehmern hingewiesen wurde, nur wenige Berufsberatungsstellen aufzunehmen können. Die Aussprache, an der sich zahlreiche Vertreter der Länder beteiligten, drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob die Berufsberatung der Materialarbeiter unter arbeitslos zu sein dürfe. Von gewerkschaftlicher Seite, auf deren Stellungnahme es überwiegend ankam, wurde die Ansicht vertreten, daß eine unterstaatliche Beschäftigungshilfe nur für eine gewisse Übergangszeit in Frage kommen dürfe und auch nur für solche Arbeiter, die bisher in dem Beruf noch tätig waren. Ferner sprachen Staatssekretär Hirsch und Rudolf Wissell. Die Verhandlungen führten noch nicht zu abschließenden Ergebnissen; es wurde beschlossen, die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge, deren Förderung aus der den Reichsrat vorliegende Gesetzentwurf über Arbeitslosenfürsorge sich annehmen sei, in einem engem Kreise von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der beteiligten Behörden, der Länder und der Städte weiter zu erörtern.

Wir lieben den Plan einer produktiven Erwerbslosenfürsorge sehr, jedoch gegenüber, obwohl auch wir im Interesse der Arbeitslosen wünschen, daß es gelingen möchte, ihnen lieber durch einträgliche Arbeit statt durch Geldunterstützung zu helfen. Aber eben an das Gelingen glauben wir nicht. Was man heute produktive Erwerbslosenfürsorge nennt, heißt früher Kolonialarbeit. Das Mittel ist nicht neu und die früheren Versuche mit ihm hat sich stets herausgestellt, daß es zur Milderung der Arbeitslosigkeit ganz unzureichend ist. Es mag sein, daß eine Zentralisation der Staats- und Kommunalanstalten, wie Hirsch sie nach dem Bericht andeutete, die Wirkung eines solchen Unternehmens ein wenig steigern würde. Das Ganze aber bleibt ein Palliativmittel und ungeeignet, der Not der Erwerbslosigkeit in ihrem jetzigen Umfang zu helfen. Dazu gibt es nur einen Weg: nicht das Boshafte an den Folgen, sondern die Beseitigung der Ursachen der Krise. Wie war so deutlich wie jetzt, daß diese Ursachen im klassischen Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft liegen.

Mangelhafte Rechtfertigungsversuche

In der Ausschlußaffäre stellt Hirsch, Henkel, Elfe u. a. sendet uns der Bezirk Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten eine längere Darstellung. Darin wird ausführlich der Charakter der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes, ihre Stellung zu den Fragen der technischen Hilfe und der Betriebsräte dargestellt und betont, daß nicht die abweichende Meinung der Opposition der Ausschlußgrund sei. Lediglich die Tatsache, daß die Angestellten unter Mißbrauch des Namens der Organisation, entgegen den gewerkschaftlichen Beschlüssen öffentlich für die Organisationspläne der Betriebsrätezentrale eingetreten seien, rechtfertigt den Ausschluß.

Wir bleiben auch gegenüber dieser Darstellung bei unserer Auffassung, daß der Ausschluß der sechs Oppositionsmitglieder eine notwendige Maßnahme ist und nur von schäblichen Folgen für die Organisation sein kann. Gegen die Indisziplin oppositioneller Mitglieder gibt es innerhalb der Organisation wohl noch andere Mittel als den Ausschluß, der es langjähriger Verbandsmitgliedern unmöglich macht, sich weiterhin am Organisationsleben zu beteiligen. Diese unsere Auffassung werden wir auch trotz noch so wortreicher Rechtfertigungen nicht ändern.

Der Streik in Golpa

Das Reichsarbeitsministerium gab bekannt, daß gestern über die Beilegung der Arbeitslosigkeitsfragen in der Grube Golpa und im Elektrizitätswerk Czornowitz vor dem tariflichen Schlichtungsausschuss in Bitterfeld unter Beteiligung eines Vertreters der Reichlichen Regierungsbehörden verhandelt worden ist. Im Reichsarbeitsministerium fanden außerdem Verhandlungen über die Lohnfrage im mitteldeutschen Bezirke Golpa statt, die zu den Gründen für die Arbeitseinstellung auf der Grube in Golpa gehört. Das Ministerium hätte seinen Bericht hinzugefügt, daß es die Angelegenheit dauernd im Auge behalte und bemüht sei, die für die Stromversorgung Berlins so nachteilige Bewegung beizulegen.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtete gestern bereits in seinem Abendblatt, in einem eigenen Telegramm aus Golpa, daß die Verhandlungen beendet seien und zu einem günstigen Ergebnis geführt hätten. Bis auf eine kleine Streiffrage ist der Spruch von beiden Seiten angenommen worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit sei schnellstens zu erwarten.

Eine wertlose Berichtigung

Der Rektor der Universität Göttingen schickt uns folgende Berichtigung: „In Nr. 241 der ‚Freiheit‘ vom 23. Juni 1920 ist behauptet, die Studenten in Göttingen hätten zum Umsturz, hätten drei kriegsstarke Kompanien unter einem Major gebildet, und ihre Bewaffnung mit Gewehren, Handgranaten usw. sei übergeben. Das Studentenkorps habe die Aufgabe bei den von den Rechtsparteien vorbereiteten Putsch die Arbeitseinstellung in Schwach gehalten usw. — Die Unterzeichnung hat ergeben, daß diese sämtlichen Behauptungen jeder tatsächlichen Unterlage entbehren.“

Hierzu bemerken wir, daß sich unsere Angaben auf eine Darstellung in der Göttinger Lokalpresse beziehen. Das dortige Organ der Rechtssozialisten hält seine Behauptungen heute noch aufrecht und ist bereit, sie vor Gericht unter Beweis zu stellen. Außerdem können wir jederzeit dokumentarisch nachweisen, daß ähnliche Vorbereitungen wie in Göttingen auch an anderen Universitäten, z. B. in Berlin, getroffen wurden. Die Berichtigung des Göttinger Rektors ist also für uns ohne jede Bedeutung.

Die Kommunalwahlen im Saargebiet. In Saarbrücken sind gewählt: Zentrum 10, Deutschnationale 1, Sammlungsliste (Demokraten und Deutsche Volkspartei) 13, 14, Reichssozialisten, 10 Unabhängige. Die Elberfelder gehen leer aus.

In Saarlouis sind gewählt: Zentrum 16, Bürgerpartei 6, Unabhängige 8. Zahlreiche Orte mit Arbeiterbevölkerung haben sozialistische Mehrheiten.

Die Kreisstädte Metz und St. Wendel weisen Zentrumsmehrheiten auf. In Dittweiler verteilen sich die Stimmhälfte auf die Bürgerlichen, zur Hälfte auf die Reichssozialisten.

Neue Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die Rheinlands-Kommision hat die „Oberlausitzer Zeitung“ vom 16. Juli ab auf die Dauer von drei Monaten verboten, weil sie Artikel über die Schwarzen Truppen gebracht hatte. Aus dem gleichen Grunde sind „Der wahre Jakob“ und „Die Wacht am Rhein“ auf drei Monate im besetzten Gebiet verboten worden.

Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften

In diesem Thema sprach am Dienstag abend in Kllems Festsaal der Genosse Emil Barth, in einer Gruppenversammlung der Betriebsräte der Holzindustrie, im Auftrag der Berliner Gewerkschaftskommission.

Genosse Barth führte aus: Es ist Aufgabe der Betriebsräte, über den Parteien stehend, die Verwirklichung des Sozialismus zu erstreben. Zur Gesundung des Volksganzen ist es eine unerlässliche Notwendigkeit, daß das deutsche Wirtschaftsleben auf eine Grundlage gestellt wird, die den Wiederaufbau ermöglicht und darüber hinaus das Ziel des Proletariats, für alle Menschen ein freies Leben in Glück und Freude zu schaffen, verwirklicht.

Mit der Frage der Wiedergutmachung über die gegenwärtig in Spaa verhandelt wird, hängt die der Valuta in engem Zusammenhang, denn von der Hebung der Valuta hängt die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes ab.

Es wäre nun notwendig gewesen, daß vor Spaa ein allgemeiner deutscher Betriebsrätekongress hätte, der als Vertretung des arbeitenden Volkes ein Wirtschaftsprogramm hätte beschließen müssen, das als Mindestprogramm dann dem deutschen Reichstage zur Annahme unterbreitet werden müßte.

In diesem Programm hätten in erster Linie durchgreifende Maßnahmen verlangt werden müssen, die durch den Friedensvertrag übernommenen Wiedergutmachungsverpflichtungen ermöglichen und damit die Hebung der Valuta herbeiführen können. Als eine dieser Maßnahmen wäre zu bezeichnen, die Notwendigkeit der Beschlagnahme der ins Ausland verschobenen Vermögensobjekte. Mit der so zusammenkommenden Summe, die nach Schätzungen ungefähr 40-50 Milliarden Goldmark beträgt, nach Schätzungen ungefähr 40-50 Milliarden Goldmark beträgt, könnte ein Teil der Wiedergutmachung weit über die Forderungen der Entente gerückt und hierdurch die Endsumme wesentlich herabgedrückt werden. Mit dem Rest könnten vom Ausland Rohprodukte eingeführt werden, die wir zur Behebung der deutschen Produktion so bitter notwendig gebrauchen. Und wenn etwa behauptet werden sollte, die Beschlagnahme dieser Vermögensobjekte wäre praktisch nicht durchführbar, dann könnte das Gegenobjekt bemessen werden, wenn der Betriebsräte-Kongress den Deutschen etwa folgende Entschlieung annehmen würde:

Der Zentralrat der Betriebsräte Deutschlands, der Gewerkschaftsbund, Afa und die drei sozialistischen Parteien, fordern von der Reichsregierung und dem Reichstage, folgendes Gesetz zu beschließen und haben den strikten Auftrag, bei evtl. Ablehnung den allgemeinen Generalstreik für ganz Deutschland auszurufen und mit aller Energie bis zum Erfolge durchzuführen:

Gesetz über Beschlagnahme der ins Ausland verschobenen Vermögensobjekte Deutscher.

- Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
 - Jeder Deutsche ist verpflichtet, innerhalb 14 Tagen von ihm im Ausland hinterlegten und bisher verheimlichten Vermögensobjekte bei einer Bank seines Wohnortes zu melden.
 - Als verheimlicht gelten alle bisher zur Besteuerung nicht angemeldeten Vermögensobjekte.
 - Von diesen Vermögensobjekten bleibt ein Viertel Eigentum des die Meldefrist einhaltenden Eigentümers, drei Viertel erhält das Reich.
 - Vermögensobjekte, die in der vorgenannten Frist nicht gemeldet sind, sind für Eigentum des Reiches erklärt.
 - Jeder, der nach Ablauf der Meldefrist die Meldung über ein derartiges Guthaben macht (nomineller Inhaber desselben, Bankier, Banlangestellter oder wer es auch sei), erhält die Hälfte des Vermögensobjektes.
 - Wer nachweisbar über keine obengenannten Vermögensobjekte keine Meldung erstattete, dessen ganzes Vermögen ist dem Reiche verfallen und erhält er außerdem nicht unter zwei Jahren Zuchthaus.
- Genosse Barth ging dann ausführlich auf die vorigen Aufgaben des Betriebsrätekongresses und die von diesem zu fassenden Beschlüsse ein, die er in seiner untenstehenden Resolution festgelegt hat. Besonders eingehend schilderte er, wie durch die Beschlagnahme der verschobenen Vermögensobjekte in Verbindung mit der Sozialisierung des Außenhandels die sicher erfolgende Hebung der Valuta durch gleichzeitige Vermögensabgabe, durch gleichzeitige Senkung der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, sowie der Löhne die Senkung der Preise und somit die Hebung des Geldwertes der allgemeinen Volkswirtschaft gefördert werden müsse. Er betonte, daß durch die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Betriebsräte-Zentrale und Berliner Gewerkschaftskommission der Betriebsräte-Kongress verschleppt worden sei. Diesem Umstande ist es auch zu verdanken, wenn jetzt die Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Einfluß auf den

kommenden Betriebsräte-Kongress erhalten werden. Aufgabe der Betriebsräte muß es sein, zu verhindern, daß der Kongress ins Schlepptau der Arbeitgemeinschaften genommen wird. (Zuruf: Das wird doch geschehen!) Wenn Sie sich nicht trauen, mit Herrn Legien fertig zu werden, wo nehmen Sie den Mut dazu her, eine ganze Weltordnung zu stützen? Wenn die Betriebsräte die ihnen gestellten riesigen Aufgaben erfüllen wollen, dann können sie nicht von den Gewerkschaften abgesplittert werden.

Wer den Sozialismus verwirklichen will, der muß daran mitarbeiten, aus dem Sumpf des sich gegenseitigen-Bekämpfens herauszukommen. (Lebte. Beifall.)

Genosse Barth empfahl hierauf folgende Resolution

zur Annahme:

In Erwägung, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands nur möglich ist, wenn die Wiedergutmachung der Kriegsschäden erfolgt, da hiervon das Vertrauen und die Kreditwürdigkeit Deutschlands abhängen, in weiterer Erwägung, daß die Hebung der Valuta eine weitere Voraussetzung ist, in fernerer Erwägung, daß hierbei die Voraussetzung aller Voraussetzungen die Regelung der Kohlenfrage ist, und endlich in der Erwägung, daß diese Fragen nur durch den Sozialismus gelöst und durch die Betriebsräte in die Wege geleitet werden können, beschließt die am 13. 7. 20 tagende Betriebsräteversammlung der Holzindustrie Berlin:

- Die einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte Deutschlands durch die Gewerkschaften, wobei alle in der Kohlenfrage tätigen Genossen zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen sind.
- Die schnellste Einberufung des Betriebsräte-Kongresses, dessen Aufgabe, neben der sekundären Besprechung des Betriebsrätegesetzes, sein muß die Beschlagnahme über:
 - a) die Beschlagnahme der dem deutschen Volke gekohlenen Vermögensobjekte der Aristokratie und Bourgeoisie, die in neutralen Staaten untergebracht sind,
 - b) die Sozialisierung des Außenhandels, die allein Deutschland vor völliger Ausplünderung zu schützen und die Arbeit dem Volkswohl entsprechend zu gestalten vermag,
 - c) die Sozialisierung der Produktion usw.
- Die Produktionsbestimmung in Art und Qualität durch das Reich.
- Die Einberufung eines internationalen Bergarbeiter-Kongresses zur Regelung der Kohlenfrage,
- die Einberufung eines internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresses und
- die Durchsetzung des Friedensschlusses mit Rußland.

Die Versammelten fordern mit aller Entschiedenheit, daß endlich mit den die Arbeiterkraft lähmenden und die Revolution hemmenden Formal- und Kompetenzstreitigkeiten Schluss gemacht wird, um ein aktives Eingreifen des Proletariats in das politische und Wirtschaftsleben zu ermöglichen und fordern die Betriebsräte aller Gruppen und Orie und die gesamte Arbeiterkraft auf, sich ihren Forderungen anzuschließen.

In der Diskussion vertraten die Genossen Thielemann, Schumann, Knebel und Wegmann den Standpunkt der Betriebsrätezentrale, Münztrüge. Besonders Genosse Wegmann ging in zirkulärer Rede auf die zwischen Betriebsrätezentrale und Gewerkschaftskommission bestehenden Differenzen ein und betonte nochmals ausdrücklich, daß die Betriebsräte eine selbständige Organisation bekommen müßten und sich nicht zu Werkzeugen und Organen der Gewerkschaften degradieren lassen dürften. Der Vorsitzende, Genosse Siegle, trat diesen Ausführungen entgegen.

Wegen der vorgerückten Zeit beschloß die Versammlung, die Sitzung zu vertagen, jedoch wurde über die Resolution Barth, ausschließlich des Abzuges 1, der die einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften fordert, abgestimmt. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Resolution.

Verbandstag des Fabrikarbeiterverbande.

Hannover, 13. Juli.
Brühns-Berlin eröffnet die Schwierigkeiten internationale Beziehungen anzuknüpfen, begründet auch den Friedensvertrag von Versailles. Uebergänge ist aber der französischen Belagerung in der Pfalz, Verhaftungen von Arbeiterführern in Ludwigshafen erschwert die Anknüpfungen. Drei Arbeiterführer wurden beschuldigt, gegen Frankreich konspiriert zu haben. Der Betriebsrat der Badischen Anilinfabriken konnte die Freilassung der Kollegen nicht erreichen.
Koch-Nürth wendet sich ebenfalls scharf gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Jeder, der selbständig gehandelt habe, sei als Hochverräter gebannt worden. Die deutschen Arbeiter hätten zunächst sich mit ihren Angelegenheiten zu befassen. Die

Arbeiter der anderen Länder würden selbst mit ihren Vertretern Abrechnung halten. Einmal vor den imperialistischen Karten gespannt, gab es 1914 kein Zurück mehr.
Schönfeld-Leipzig begründete die Haltung der U. S. V. D. bei der Regierungsbildung. Die Opposition würde nicht die Gewerkschaften sprengen.

Reißer-Langermünde vermies auf den Einfluß der imperialistisch gesinnten, akademischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Der Revisionismus habe uns lediglich zur Kriegspolitik reif gemacht.
Grafe-Dresden beleuchtete die Ausflüsse der verfehlten Kriegspolitik.

Winter-Ohligs wendet sich gegen die Opposition. Die Angst ums Brot mache es uns unmöglich, Klassenkämpfe durchzuführen. Die vielen Streiks hätten deprimierend gewirkt.
Wipstanz-Niedermünde erklärt, daß der Vorstand in die 10stündige Arbeitszeit in den Biegebetrieben eingewilligt habe. Er verlangt andere Wege.

Abel-Kottbus geht auf die Ausführungen des Ausschusses ein und kritisiert den Bericht als mangelhaft. Die Streikunterstützung für Kottbus-Senftenberg der Belegschaft Lautawerk sei unbegründet abgelehnt worden. Die Forderungen würden erneuert.
Lange-Berlin begründet den Antrag betreffend die 100 000 Mk. Unterstützung. Der Metallarbeiter- und Transportarbeiterverband hätten beim Streik ihre Unterstützungsfähigkeit erhöht. So wäre die Differenz entstanden.

Tiemig-Hannover, Vorstandsmittglied, wendet sich gegen die dem Vorstand gemachten Vorwürfe in Sachen der Kriegspolitik. Er begründet weiter die Ablehnung der gestellten Zahlungsanträge.

Klare-Leipzig kennzeichnet die alten Gewerkschaftspraktiken. Aber habe bei Lösung von Wirtschaftfragen kurzfristig gehandelt. Nationalistische Tendenzen machten sich überall bemerkbar, zum Schaden des internationalen Proletariats. Bezeichnend wäre es, daß die hannoverschen Gewerkschaften sich ohne zu mühen einen Koske auf die Nase setzen ließen.

Schönfeld für die Sozialisierung seiner Grube 14 Millionen Mark Abfindung erhalten habe.

Mehle-Freienwalde hält die Gesamtbewegung als auf eine schiefe Ebene gedrängt.

Wollermann-Danzig verteidigt die Kriegspolitik der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei.

Sachs-Braunschweig begründet seinen Antrag und beweist, daß Brey bereits 1915 ihn einen Vaterlandsverräter genannt habe, weil er sich damals in Hannover gegen die Kriegspolitik der „Führer“ gewandt habe.

Brey führt aus: U. S. V.-Vertreter hätten erklärt, wären sie gegen den Krieg gewesen, dann wären sie lebendig nicht durch das Brandenburger Tor gekommen. Jede Erhebung wäre im Blute der Arbeiter erstickt worden. Dann hätte es keine russische und keine deutsche Revolution gegeben. Niemand von dem linken Lager habe sich gegen die konstitutionellen Veränderungen gewandt. Die Partei, die mehr links als die Partei Reimann stehe, habe sich gegen die Demonstration vom 18. 1. gewandt, mit Ausdrücken, die er sich allerdings nicht zu eigen machen wolle. Brey glaube nicht, daß der Kapitalismus abhandt, wenn die Arbeiterkraft bei der Wahl die Mehrheit erhält. Der Parlamentarismus sei aber auch geeignet, den Kapitalismus zu untergraben. Erst müsse Einheitlichkeit geschaffen werden. Er habe sich während des Krieges für jede Milderung des Belagerungszustandes eingesetzt, da seine gänzliche Aufhebung nicht zu erzielen war.

Gewerkschaftliches

Der 6 Uhr-Ladenschluß

Heute, am Freitag, den 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr, versammelten sich sämtliche kaufmännischen und gewerblichen Angestellten des Groß-Berliner Einzelhandels zu einer Demonstration für den 6 Uhr-Ladenschluß an folgenden Plätzen: 1. Rosenthaler Tor (Kohringstr.), 2. Alexanderplatz (Am Kolonnenstand), 3. Straußberger Platz (Gr. Frankfurter Str.), 4. Kottbusser Tor (Hochbahn), 5. Moritzplatz, 6. Blücherplatz (Planufer), 7. Dönhofsplatz (Kommandantenstr.).

Da alle bisher unternommenen Versuche, den 6 Uhr-Ladenschluß herbeizuführen, erfolglos waren, sehen sich die Angestellten gezwungen, andere Maßnahmen zu ergreifen. Diese Demonstration soll den Anfang bilden und es wird sich zeigen, ob die Unternehmungen sowohl, als auch die Behörden, den gerechten Forderungen dieser Kollegen weiterhin abnehmend gegenüberstehen wollen. Die Angestellten des Einzelhandels sind sich klar darüber. Die Berliner Gewerkschaftskommission, die den größten Teil des laufenden Berliner Publikums vertritt, steht der Forderung sympathisch gegenüber und hat sie bei den Behörden befürwortet. Für die organisierte Arbeiterkraft und ihre Angehörigen besteht die Verpflichtung, die um Verkürzung ihrer Arbeitszeit kämpfenden zu unterstützen und sämtliche Einkäufe vor 6 Uhr abends zu erledigen.

Die schwere Stunde

Roman von Victor Panin

Mit ausgestreckter rechter Hand zeigt er Wowa, wie die Sonne aufgehen muß, und ich sehe an dem Bild des Kindes, daß der Knabe diese märchenhafte Umgebung mit seinem ganzen Wesen fühlt. Ein unerklärlicher, naher Faden verbindet diese beiden Wesen in diesem Augenblick der Träumerei, zwei Kinder oder zwei Sester, die entweder beide des Lebens müde sind, oder beide im Märchen leben wollen, — ich weiß es nicht. Jedenfalls verändern weder der Greis, noch Wowa auch nur im geringsten ihre Stellung bei meinem Herannahen, der Alte lächelt mir kaum merklich zu, ohne sein Märchen zu unterbrechen, und Wowa äußert nicht den geringsten Wunsch, zu mir zu kommen. Er besetzt bloß langsam seine linke Hand, die er im Bart des Greises vergraben hatte und streckt sie mir, langsam, mit der Bewegung eines nachdenklichen Erwachsenen, entgegen. Will er auch mich dadurch in seine märchenhafte, mythische Stimmung hineinziehen? Oder fordert er mich auf, hinzusehen, um nicht zu stören, um die Zauberräume nicht zu verschrecken? ...

„Und die leuchtende Sonne weist dem braven Helden den Weg durch den dunklen Wald, auf daß er nicht umkomme. Die Sonne zieht den Himmel entlang, und der wadere Held reitet immer weiter und weiter durch den grauenwollen Wald.“

Den 2. September.

Seit meiner Rückkehr beobachte ich neugierig, eifrig den guten Menschen, ich will ihn verstehen. Bisher erschienen mir alle Menschen so einfach, so wenig kompliziert, nach einer halben Stunde ihrer Bekanntschaft konnte man sie in eine der tausend existierenden Schablonen einreihen. Es ist bequem, und wenn sie wollen, sogar angenehm, es regt einen nicht weiter auf: nun, es ist eben ein Mensch mit zwei Beinen, einer Nase an der rechten Stelle, alles, wie es sich gehört, er ist einer der vielen Dugendmenschen.

Hier aber ist etwas Neues, ich verstehe es weniger, als ich es fühle. Nicht daß er besonders kompliziert wäre, aber es birgt sich in ihm etwas Besonderes, das ich nicht betasten kann. Manchmal scheint es mir, als sehe ich ihn deutlich vor mir, als schaue ich ihm auf den Grund, im nächsten Augenblick aber wirt er ein Wort hin, oder sagt er etwas, was mich von Neuem verwirrt und mir ein Rätsel für lange Zeit aufgibt.

Die Wärrerin erzählte mir, daß während der Revolutions-tage sowohl unser Oberhausnecht, als seine beiden Gehilfen gleichzeitig auf Urlaub gegangen waren. Im Leben der russischen Großstadt ist aber der Hausnecht alles: ohne ihn scheint das Leben kein richtiges Leben zu sein. Alle fühlen sich ganz besonders hilflos. Wer wird denn das Tor zuschließen? — rangen die Einwohner in ihrer Hilflosigkeit die Hände. Und wahrhaftig wurde während einiger Tage das Schließen des Tores zu einer internationalen, diplomatischen Frage. Gerade in diesen, für das verwaltete Haus kritischen Momenten, sieht der Hauswirt einmal den guten Menschen auf einem Trottoirpfosten vor dem Tore sitzen.

„Was tust du denn da?“ fragte er.
„Gar nichts!“ antwortet der Greis und lächelt dabei den Hauswirt aufs freundlichste an.

Wozu steißt du denn hier?“ fährt der Wirt ganz unbedrückt in barschem Tone fort.

„Ich wollte bloß ein wenig sitzen, guter Mensch, ich habe ja nichts zu tun!“

„Nur die Taugenichtse finden keine Arbeit, ehrliche Menschen finden immer eine Beschäftigung.“

„Hättest du vielleicht eine Arbeit für mich?“ fragte der Gute Mensch.

„Arbeit hätte ich schon, aber wer bist du eigentlich? Du weißt ja, in welchen Zeiten wir leben, man kann nie sicher sein, es kann ja nicht ein jeder im Hause angestellt werden,“ bei diesen Worten sieht er dem Greis in das Gesicht, und fühlt, daß er sich unnötigerweise so scharf ausgedrückt hat, aber als Mann der Erfahrung will er sich in seiner Würde nichts vergeben.

„Wieviel müßte man dir geben?“

„Mir? Geld, meinst du wohl?“ lacht der Gute Mensch und schüttelt verneinend den Kopf, „nein, nein, guter Mensch,

denke nicht daran! Wozu brauch ich denn Geld? Ich bin ja kein Vieh. Oder glaubst du, daß man Gottes Seele lausen und verkaufen kann? Nein . . . laß die Sünde . . . Ich werde arbeiten, soweit es meine Kräfte erlauben, und du wirst mir Brot und was der liebe Herrgott beschert, geben, daß ich satt werde, so werden wir beide zufrieden sein, guter Mensch. . . Wir haben ja nicht viel zu teilen.“

Von diesem Tage an wurde der Gute Mensch zum Mittelpunkt des ganzen Hauses. Niemand weiß, wann er aufsteht und wann er zu Bette geht, den ganzen Tag ist er auf den Beinen, immer ist er rechtzeitig zur Stelle: es gibt keine Arbeit im ganzen Hause, die auszuführen er sich weigern würde. Es geht so weit, daß die armen Einwohnerinnen der Keller-räume ihm, vor ihrem Ausgange in die Stadt ihre Brust-räume anvertrauen, und er versteht es ausgezeichnet, mit ihnen umzugehen. Es kommt vor, daß in diesem Augenblick jemand den Guten Menschen ruft, um ihn nach Einkäufen zu schicken; dann nimmt er das Kind in den Windeln und geht mit ihm in den Laden, es unterwegs auf den Armen wiegend, damit das Kind nicht schreie.

„In deinen alten Tagen hat dir Gott wohl noch einen Säugling beschert?“ fragt man ihn lachend im Laden.

„Gewiß, hat er mir einen geschenkt, Brüderchen, gewiß, Ha, Lieben.“ antwortet lachend der Greis.

Sein Name ist Michail, aber im Hause kennt fast niemand diesen Namen. Nach seiner Gewohnheit alle „Guter Mensch“ zu nennen, hat man ihn vom ersten Tage an Guter Mensch getauft. Ich weiß nicht, wie er sich selbst zu diesem seinem Beinamen verhält, jedenfalls scheint er es gern zu haben, wenn man ihn so anredet.

Des Abends rufe ich ihn öfters in mein Kabinett herauf. Er kommt gern, im Umgang mit den Menschen hat er nicht jene Verlegenheit der einfachen Menschen, er ist zu einem Leben so natürlich, als kenne er ihn seit langer Zeit. Wie ich ihn darüber befrage, antwortet er ohne das geringste Erstaunen:

„Wie denn, Guter Mensch, verstehe doch, wir sind ja alle verwandt, oder meinst du es anders? Wozu denn diese Schranken, wenn man sein Herz dem Bruder ausschütten soll: hier bin ich, komm, nimm alles! Dort ist aber nichts außer Liebe zu nehmen, verflucht du jetzt den Kern? Eben!“
(Fortsetzung folgt.)

